

Rechtsanwaltskosten für meine Auskunftsbegehren/ Stellungnahme an die StA

Zahlungen 2025:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
03.04.2025 <u>GR-Sitzung TOP 18</u> ; VA-Überschreitung aufgrund einer Stellungnahme zu <u>meiner Meldung am 8.1.2025</u> an die StA	18.892,60

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2024; Dr. Wolf hat 2024 die Kanzlei PHH verlassen

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
<u>REAB 2024</u> (Seite 331)	<u>17.537,21</u>

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2023

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
31.01.2023: <u>Gemeinderatssitzung</u> zur weiteren Vorgehensweise bei meinem Auskunftsbegehren (Dr. Wolf anwesend), kein dringlicher Antrag für Beratungskosten vor dem einzigen nicht-öffentlichen TO-Punkt	
Erstellung Vorlagebericht an das LVwG (vermutlich größtenteils übernommen vom Vorlagebericht an das LVwG vom 14.02.22)	
2023: Beschluss in der nicht-öffentlichen Sitzung vom 21.06.2022, <u>lt. Schreiben des Bgm. vom 25.4.2023 wurden 27.537,21 € erst im Jahr 2023 bezahlt; lt. Schreiben vom 26.3.2024 9.823 €</u>	<u>9.823 €</u>
12.06.2023: <u>Verhandlung vor dem LVwG</u> , mehr als 5 Stunden Verhandlungsdauer, für die Gemeinde sind Dr. Wolf und zwei weitere Rechtsanwältinnen der Kanzlei PHH anwesend	
16.10.2023: <u>Beschluss der Überschreitungen in der GR-Sitzung</u> : 166.000 € für den Rechts- und Beratungsaufwand Ergebnishaushalt, Datum der Beschlussfassung im REAB 31.12.2023.	
Gesamtsumme „Rechts- und Beratungskosten“ 2023 lt. <u>REAB 2023</u> (Seite 105) Fin.haushalt, Erg.haushalt 166.700 €	<u>149.000 €</u>

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2022:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
14.02.2022: <u>Erstellung Vorlagebericht an das LVwG</u> (größtenteils vermutlich übernommen vom Vorlagebericht an den Vorstand vom 11.08.2021), 6 Seiten, wurde mir vermutlich irrtümlich zugesandt	<u>42.107,64</u> (lt. REAB 2022, Seite 287)
<u>Beratungskosten Beschluss nicht-öff. TO-Punkt GR-Sitzung 21.06.2022; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung? (im Protokoll nicht ersichtlich)</u>	
18.11.2022: <u>Bescheid und Auskunftserteilung Gemeinderat, insgesamt 15 Seiten</u>	<u>wurde lt. Bgm. erst 2023 bezahlt</u>
<u>GR-Sitzung am 14.11.22, nicht-öff. TO-Punkt; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung</u>	
Offene Rechnung zum 31.12.2022 (vermutlich 2021, siehe REAB 2021, Differenz Ergebnis- zu Finanzierungsrechnung) PHH Rechtsanwälte	<u>5.979 €</u>

lt. Auskunft des Bgm. am 28.3.2023	
Gesamtsumme „ Rechts- und Beratungskosten“ 2022 lt. REAB 2022 Finanzierungsrechnung, im Ergebnishaushalt 81.931 € (Seite 93)	72.100 €

Zahlungen an Dr. Annika Wolf, Kanzlei PHH, 2021:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
02.6.21: Auskunftserteilung zu meinen vier Auskunftsbegehren, insgesamt 21 Seiten, alle vier Antworten sind belegbar unrichtig	
08.6.21: vier Bescheide; insgesamt 19 Seiten; lt. Erkenntnis des LVwG falsche Behörde	
11.8.21: Berufungs- und Aktenvorlage an den Gemeindevorstand	
24.08.21: Gemeinderatsbeschluss GR-Sitzung 24.08.2021 : Beratungskosten nicht öffentl., Anwesenheit von Dr. Wolf (auch für den Baurechtsvertrag); Kosten siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022 (Seite 3)	70.000 €
17.12.21: Berufungsbescheid des Gemeindevorstandes; 11 Seiten; vermutlich Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Vorstandssitzung	
Rechnungsabschluss 2022, nicht genehmigte, überplanmäßige Beratungskosten – Siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022	57.000 €
Gesamtsumme „Beratungskosten“ 2021, siehe Antwort Bgm. auf meine Stellungnahme zum REAB 2021 v. 05.04.2022	126.946,01 €

Die Zahlen sind sehr undurchsichtig, alle Angaben ohne Gewähr. Ich bitte um Info, wenn ich etwas falsch angegeben habe!

Summe der absurden „Beratungskosten“ lt. den bisherigen REAB: 2025 18.892,60 € + 2024 17.500 € + 2023 149.000 € + 2022 72.100 € + 2021 127.000 € = 384.500 €; zum Vergleich: Grundstückserlös 413.000 €, Rechtsanwaltskosten für die Nahwärme-Restrukturierung 2016-2018 269.000 €

Zu den Kosten 2025: 36 Stunden Arbeitszeit für die [Stellungnahme zu meiner Meldung an die StA Korneuburg?](#) Seit September 2025 versuche ich, [Auskunft über den Inhalt der Stellungnahme zu erhalten](#) [Zu den absurden Anwaltskosten](#)

Zu den Kosten 2021: 127.000 € : 380 € (angenommen) = 334 Stunden! : 7 Monate = 48 Stunden/Monat für meine Auskunftsbegehren? ([Trotzdem falsche Behörde](#))

Oder: 127.000 € : 60 Seiten (21 Seiten Auskünfte + 19 Seiten Bescheide + geschätzte 10 Seiten Aktenvorlage an den Gemeindevorstand + 11 Seiten Berufungsbescheid des Gemeindevorstandes) = 2.100 €/Seite?? (oder ~5 Stunden Arbeitszeit/Seite)

Kommt nur mir das unverhältnismäßig vor? Viel Geld, um den Verbleib der Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf zu verbergen!?

16. Jänner 2023: Spaltung bei PHH <https://extrajournal.net/2023/01/16/gruender-prochaska-trennt-sich-von-phh-beraten-von-fsm/> Stefan Prochaska zu Problemen in Unternehmen: <https://www.youtube.com/watch?v=-m82Ky40Z5g>